

## Medienmitteilung

Bern, 8. September 2021

### sgv fordert die Rückkehr zur Evidenz-basierten Politik

**Der Schweizerische Gewerbeverband sgv kritisiert die Ausweitung der Zertifikatspflicht. Sie ist nicht zielführend und gefährdet Umsätze und Arbeitsplätze. Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass kein empirischer Zusammenhang zwischen der Zertifikatspflicht und der Senkung der Anzahl von Hospitalisierungen besteht. Erwiesen ist jedoch, dass grossmehrheitlich ungeimpfte Ferienrückkehrerinnen und Ferienrückkehrer hospitalisiert werden müssen. Der sgv fordert, dass sich die Politik des Bundesrates an diesen Fakten orientiert.**

Mit dem heutigen Entscheid diskriminiert der Bundesrat erneut Branchen und Unternehmen, welche bereits von den letzten Lockdownmassnahmen stark betroffen waren. Für den grössten Dachverband der Schweizer Wirtschaft ist die Ausweitung der Zertifikatspflicht auf diese Branchen unverhältnismässig und nicht zielführend. Zahlen des Bundesamtes für Gesundheit zeigen, dass nur die allerwenigsten Ansteckungen in Restaurants, Fitnesscentern oder am Arbeitsplatz erfolgen. Den von der Zertifikatspflicht betroffenen Unternehmen drohen Umsatzeinbussen. Für diese Einbussen müssen die Unternehmen entschädigt werden.

Der sgv fordert den Bundesrat auf zur im Covid-19-Gesetz festgehaltene Evidenz-basierte Politik zurückzukehren. Sie basiert auf der Logik des gezielten Schutzes mit Contact Tracing, Impfen, Testen und den Schutzkonzepten. Anstelle der Ausweitung der Zertifikatspflicht muss die Impfkampagne gestärkt und auch wieder vermehrt getestet werden.

#### Weitere Auskünfte

**Fabio Regazzi**, Präsident, Mobile 079 253 12 74

**Hans-Ulrich Bigler**, Direktor, Mobile 079 285 47 09

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.